

Schwarzwälder Tageszeitung

Mus den Tannen Fernsprecher Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Juni 1922 200 M., mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 200 M. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile über deren Raum 225 M., die Restzeile 500 M. Mindestbetrag eines Auftrags 900 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt fünfzig.

Nr. 126.

Altensteig, Samstag den 2. Juni.

Jahrgang 1922

Zur Lage.

Eine Woche gespannter Erwartungen geht zu Ende, die sich an das Weltproblem der deutschen Reparationsfrage knüpfen. Die Reichsregierung steht vor einem neuen Schritt an die gegnerischen Mächte. Sie wird eine Ergänzungsurkunde für die am 2. Mai übergebene Antwort ausfertigen und dabei die von England und Italien vorgeschlagenen Wünsche nach einer genaueren Fassung der deutschen Vorschläge, der deutschen Zahlungen und der Garantien berücksichtigen. Dabei spielt die Frage der Sicherheiten (Garantien) für die jährlich von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen jetzt schon die Hauptrolle neben der ziffernmäßigen Höhe eines neuen deutschen Angebots. Der Hauptausdruck des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat dem Reichskanzler eine Denkschrift überreicht, was bedeutungsvoll genug ist, daß es die Beachtung aller Deutschen verdient. Ist es doch ein Vorgang einzig in seiner Art, daß die Industrie, hernach die Landwirtschaft und die anderen Wirtschaftsklassen sich bereit erklären, für das Reich die Haftung von jährlich 500 Millionen Goldmark zu übernehmen, damit dieses seinen Verbindlichkeiten in den Reparationskassen nachkommen kann. Die Summe erscheint, nachdem man heute gewohnt ist, mit Millionen, Milliarden und Billionen zu rechnen, für manchen auf den ersten Blick gering. Wer aber die Geldbewertung in Rechnung stellt, der kommt bei dem heutigen Dollarkurs von 7000 Mark zu einer Summe, die schlechterdings nicht tragar erscheint. Bei einer mehr als 1500fachen Geldbewertung sind 500 Millionen Goldmark rund 7 1/2 Billionen Papiermark oder als Zahl ausgedrückt 7500 000 000 000 Mark. Davon will die Industrie 200 Millionen Goldmark, die Landwirtschaft ebensoviel, Handel, Banken usw. den Rest von 100 Millionen jährlich übernehmen und zwar auf 30 Jahre. Das soll geschehen — so ist es wenigstens geplant — durch Belastung der Schwere mit Hypotheken. Voraussetzung für dieses Bürgschaftsangebot ist, daß die Reparationsfrage endgültig gelöst wird nach außen und innen, daß die deutsche Wirtschaft von allen inneren und äußeren Demurrungen befreit wird, die ihr der Friedensvertrag und die deutsche Gesetzgebung der Nachkriegszeit durch allerlei Zwangsmaßnahmen auferlegt hat. Die Denkschrift der Industrie, zunächst nur eine Bereitschaftserklärung, deckt sich bereits mit der kurz vor dem Sturz des Kabinetts Bismarck am 14. Nov. 1922 abgefassten Reparationsnote und hat die Anerkennung der Reichsregierung gefunden, auch die der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Parteien der Mitte. Die Hauptfrage ist nun aber der neue Schritt der Reichsregierung. Darüber wird in Berlin noch immer vertraulich beraten und hierbei werden sich wiederum allerlei politische Einflüsse und Versuche der Parteien geltend, denn aus dem Industrieangebot werden Machtsprüche herausgelesen, so daß bei den Parteien der Linken, bei der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften eine Unruhe entstanden ist, die sich bereits zu politischen Streitigkeiten für die Reichsregierung verdichtet haben. Aber Dr. Cuno wird diesen Schritt des neuen Angebots noch machen und erst nach dessen Aufnahme im Ausland fällt die Entscheidung darüber, ob wir weiter ein Kabinett Dr. Cuno haben werden. Es dauert schon reichlich lange, bis man in Berlin sich über die Situation klar geworden ist und Entscheidungen trifft. Auch bei der Note am 2. Mai hat man zu lange herumgeduldet und dazu noch eine Fassung gefunden, die den Franzosen die Ablehnung leicht machte. Hoffentlich wird es diesmal anders. Die Sozialdemokratie ist von den Bedingungen der Industrielassen sehr verschuppt und lehnt diese ab. Der Bergarbeiterverband spricht sogar von einer faktischen Bedrohung der Arbeiterschaft. Und auf der anderen Seite erhebt man sogar den Vorwurf, daß die neue Dollarleistung von 50 000 bis 70 000 auf dieses Industrieangebot mit seinen Bedingungen zurückzuführen sei. Die vaterländischen Verbände haben sich bei der Reichsregierung gegen ein deutsches Angebot an die Verbandsmächte ausgesprochen, die Eisenbahnerverbände gegen die Entlastung der Reichsbahn. Die Industrie nicht verlangt, aber angeregt hatte, diese wirtschaftlicher zu gestalten. So bleibt die innerpolitische Lage sehr ernst, und es ist noch nicht abzusehen, was sich in Berlin wieder für Gewitterwolken zusammenziehen.

In England arbeiten die Handelskammern an einem Reparationsplan, der für Deutschland ein Rotar-

torium porficht. Die neue Regierung erklärte aber erst am Mittwoch im Unterhaus, daß England nicht daran denke, einen neuen Reparationsplan auszuarbeiten, da es augenblicklich keinen Nutzen hiervon erwarte. Viel bedeutender als diese private Arbeit ist aber ein belgischer Reparationsplan, der eine gemeinsame Grundlage mit England und Italien schaffen will. Zwischen Frankreich und Belgien bestehen keine Differenzen darüber. Die für letzten Sonntag geplante Ministerkonferenz in Paris hat zwar nicht stattgefunden, aber Poincaré will am 6. Juni selbst nach Brüssel fahren und den belgischen Plan besprechen. Er fordert jährlich von Deutschland Zahlungen und Leistungen von 2,4 Milliarden Goldmark und will die deutschen Monopole auf 60 Jahre ausnützen. Dazu fordert der Plan eine Beteiligung an der deutschen Industrie bis zu 25 Prozent. Diese Lasten wären für die deutsche Industrie in keinem Falle tragbar. Bleibt noch Italien, das eine Note an die Vereinigten Staaten richtet, die um Hilfe zur Lösung des Reparationsproblems nachsucht. So dreht sich der Kreis — und Deutschland geht daran langsam zu Grunde.

Die Franzosen sorgen dafür an Ruhr und Rhein, denn die Ausweisung deutscher Beamter, die planmäßige Verdrängung deutschen Eigentums und der Geldraub dauert an. In der Reichsbank in Essen haben sie dieser Tage 92 Millionen Mark geraubt und weigern sich, die Summe herauszugeben. Auch die Erschießungen von Deutschen nehmen kein Ende, ganz abgesehen von dem Justizmord an dem Berliner Kaufmann Schlegeler in Düsseldorf, dessen Poincaré sich in der französischen Kammer noch rühmte und von dem die deutsche Protestnote sagte, daß er nicht wieder gut zu machen sei. Die besetzten östlichen Werke in Höchst und Ludwigshafen wurden geräumt, dafür das Städtchen Oppau besetzt und die Direktoren der Höchst-Farbwerke verhaftet. In der französischen Kammer fand Poincarés Aufruf zum Bewußtsein der Ruhrkredite die Anerkennung und das starke Vertrauensvotum (481 gegen 73 Stimmen) mag den noch härteren Fluchverordnungen nur noch schärfer gemacht haben, schärfer gegen Deutschland. So ist kein Wunder, daß man in Deutschland allenthalben der Meinung begegnet, daß auch ein neues deutsches Angebot von den Franzosen abgelehnt werde, möge es aussehen wie es wolle. Der Ring, den die Franzosen um Deutschland im Osten gelegt haben, schließt sich dicht; Polen mit einem neuen Rechtskabinett und Tschechen — jetzt noch die Rumänen, die 100 Millionen französische Franken als Bump zur Rüstung erhalten. Alle Welt ist Deutschlands Feind.

Zu der Feind im Innern. Der Kommunistaufstand an der Ruhr, von den Franzosen gebilligt und unterstützt, ist im Laufe der Woche zusammengebrochen. 40 Tote und 300 Schwerverletzte sind das Ergebnis dieses wahnwitzigen Verbrechens. Die Streikbewegung ist zum größeren Teil nach der Erhöhung der Bergarbeiterlöhne erloschen, aber noch brandet die Welle. Erfreulich ist die neueste Erklärung der Gewerkschaften, die sich gegen die Kommunisten und Anführer wendet und die Fortsetzung des passiven Widerstandes ankündigt.

In Lausanne steht man vor dem Abschluß der zweiten Friedenskonferenz und des Orientfriedens. Griechenland und Türkei haben einen Mittelweg gefunden.

Der mutmaßliche Inhalt.

Berlin, 1. Juni. In ausländischen Blättern sind bereits bestimmte Angaben über den vermutlichen Inhalt unserer nächsten Note gemacht worden. Dazu ist zu sagen, daß die Note an sich in ihren Hauptgrundzügen wohl feststeht, daß in den wesentlichen Einzelheiten aber eine endgültige Entscheidung für oder wider die verschiedenen vorgeschlagenen Ansichten durchaus noch nicht getroffen worden ist. Was die zahlenmäßige Höhe des deutschen Angebots anbetrifft, so ist die Regierung der Ansicht, daß sie ebensowenig die Grenze nicht überschreiten kann, die von ihr bei der Einschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit in der letzten Note gezogen wurde. Die Reichsregierung befindet sich damit in Übereinstimmung mit allen zu Rate gezogenen Parlamentsmitgliedern. Die Fraktionen der bürgerlichen Reichsarbeiterschaft und die sozialdemokratische Fraktion haben diese Auffassung des Kabinetts ausdrücklich laudiert. Die soziald. Fraktion fügt sich in ihrer Ansicht besonders achtungsvoll und achtet durch die von der sozialisti-

sehen Internationale zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß der Betrag von 30 Milliarden Goldmark die angemessene deutsche Entschädigungsleistung wäre. Doch ist anzunehmen, daß in der deutschen Note, wie sie bis jetzt vorbereitet ist, ausdrückliche Angaben über die Endsumme nicht mehr gemacht werden. Die Vorschläge werden sich vermutlich auf Jahreszahlungen beschränken. Man spricht von Jahreszahlungen in Höhe von 1,2 bis 1,5 Milliarden Goldmark. Auch in dieser Beziehung ist, da ja die Regierung mit den Reichstagsparteien über die Endsumme einer Meinung ist, eine völlige Übereinstimmung mit den bei den Beratungen beteiligten Parlamentsvertretern festzustellen. Strittig ist noch die Form, in der die Bürgschaft für unser Angebot, der Geisteskraft verliehen werden soll, der Gegenseite angeboten werden soll. Besonders beruht man noch darüber, wie die Bürgschaftsleistung der Privatwirtschaft praktisch in Anspruch genommen werden kann. Während der Reichsverband der Industrie in seiner Denkschrift eine Goldhypothek auf den Immobilienbesitz als als allein in Betracht kommende Bürgschaft ansieht, scheint man in Regierungskreisen eine Beteiligung an dem Gewinn für die Entschädigungsleistung in Anspruch nehmen zu wollen. Auch die prozentuale Verteilung der Lasten auf Industrie, Landwirtschaft und die übrigen Wirtschaftskreise ist noch nicht völlig geregelt. Der Vorschlag eines internationalen Schiedsgerichts scheint in der neuen Note wieder aufgenommen zu werden.

Neues vom Tage.

Die neuen Postgebühren.

Berlin, 1. Juni. Das Reichspostministerium hat nunmehr die Tarife, die es für die am 1. Juli in Kraft tretende Regelung in Vorschlag bringt, mitgeteilt. Das Porto für Briefe, Postkarten, Drucksachen, Warenposten und Päckchen wird verdoppelt. Auch die Telegrammgebühren sollen verdoppelt werden. Beim Paketverkehr wird unter Beibehaltung der Dreizehneinteilung eine Erhöhung um rund 50 Prozent vorgenommen. Die Auslandsgebühren werden nicht ganz verdoppelt; bei den Postfachgebühren sind nur geringe Erhöhungen vorgesehen. Es steht augenblicklich noch nicht fest, ob auch die Zeitungsgebühren in die Erhöhung einbezogen werden sollen.

Nur ein Gutachten.

Berlin, 1. Juni. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie gab vor Vertretern der Presse noch einmal eine Darstellung über die Beweggründe, die es zu seinem Schreiben an die Reichsregierung veranlaßt hatten. Es wurde betont, daß dieses Schriftstück nur als ein Gutachten der Kreise gelten solle, die der Reichsverband vertritt. Mit besonderem Nachdruck wurde noch einmal vor der Antastung der deutschen Wirtschaftsmasse für Entschädigungszwecke gewarnt. Die deutsche Wirtschaft würde zugrunde gehen, wenn sie entweder deutsche Masse unmittelbar an das Ausland abliefern würde, oder wenn man sich dazu entschloße, die deutsche Solvenz durch das Ausland einschränken zu lassen.

Ein neuer Mord.

Berlin, 1. Juni. Aus Pottrop wird der Deutschen Illg. Jg. berichtet: Gestern vormittag wurde der Polizeibetriebsassistent Preschalla von einem belgischen Soldaten erschossen.

Fortsetzung des passiven Widerstandes.

Essen, 1. Juni. Eine Konferenz von Führern freier Gewerkschaften nahm einstimmig eine Erklärung an, in der es u. a. heißt, daß der passive Widerstand; der von den Organisationen der Arbeiter und Angestellten sowie Beamten geführt wird, auch während der beginnenden Verhandlungen mit der bisherigen Energie fortgesetzt werden müsse. Ein vorzeitiger Abbruch des Widerstandes würde die Unterwerfung unter den französischen Imperialismus und Militarismus bedeuten.

Krupp im Gefängnis Zweibrücken.

Essen, 1. Juni. In Düsseldorf wird mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen, daß Krupp v. Bohlen und die drei Krupp-Direktoren aus dem Düsseldorfer Gefängnis nach dem Gefängnis in Zweibrücken gebracht worden sind.

Paris über die englische Saar-Note.

Berlin, 1. Juni. In Paris wird bestätigt, daß England der französischen Regierung und den anderen im Völkerbundrat vertretenen Staaten mitteilt habe,



Bekanntmachung

betr. Ermäßigungen beim Abzug der Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 1. Juni 1923 ab.

Mit Wirkung vom 1. Juni 1923 ab gelten folgende neue Bestimmungen: 1) Je nach der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate, volle Wochen, volle Arbeitstage oder für kürzere Zeiträume ermäßigt sich der Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohns (§ 46 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes):

	für den vollen Monat	für die volle Woche	für den Arbeitstag	für je 2 angefangene oder volle Arbeitstagen
a) für den Steuerpflichtigen selbst um	1200	288	48	12
b) für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Steuerpflichtigen um	1200	288	48	12
c) für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind i. S. des § 17 Abs. 2 um	8000	1920	320	80
d) zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1-7 zulässigen Abzüge (Verdunungskosten) um	10000	240	400	100.

2) Weist der Steuerpflichtige nach, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1-7 (oben Ziff. 1d) den Betrag von monatlich 100 000 M um mindestens 10 000 M monatlich übersteigen, so erhöht auf seinen Antrag das zuständige Finanzamt den Ermäßigungsbetrag für diese Abzüge.

3) Die neuen Ermäßigungssätze finden bei jeder Zahlung nach dem 31. Mai 1923 auf den nach diesem Zeitpunkt fällig gewordenen Arbeitslohn Anwendung.

Altensteig, den 1. Juni 1923.

Finanzamt: Guberich, Reg.-Rat.

Bekanntmachung

betr. die Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Für die Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn werden ab 1. Juni 1923 veranschlagt:

	auf den Tag	auf die Woche	auf den Monat
1. für Lehrlinge, Lehrlinginnen, weibliche Hausangestellte, Köche und sonstige gering bezahlte weibliche Hilfskräfte			
a) die volle freie Station (Befähigung einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)	2 000	14 000	60 000
b) die freie Befähigung (ohne Wohnung)	1 600	11 200	50 000
2. für männl. Hausangestellte, Knechte, männl. und weibliche Gewerbegehilfen u. für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen			
a) die volle freie Station	2 600	18 200	80 000
b) die freie Befähigung	2 200	15 400	66 000
3. für Angestellte höherer Ordnung z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Wertmeister, Gutinspektoren			
a) die volle freie Station	3 300	23 100	100 000
b) die freie Befähigung	2 700	18 900	83 000

Der Wert einzelner Teile der Befähigung und sonstiger Sachbezüge wird durch das zuständige Finanzamt veranschlagt.

Dieselben der Ermäßigungssätze, die gleichfalls vom 1. Juni 1923 ab gelten, wird auf die Bekanntmachung von heute verwiesen.

Altensteig, den 1. Juni 1923.

Finanzamt: Guberich, Reg.-Rat.

Lorenz Luz jr. Altensteig
 Spezialhaus für Jagdgerätschaften.
 Doppelrevolver - Büchsenflinten,
Drillinge,
 Pirsch- und Scheibenschützen
 Revolver u. Mehrladepistolen,
Taschings,
 Luftgewehre u. Zinnenstützen.
 Allelei Munition.
 Rucksäcke, Jockeyflaschen, Jagdtische, Gimmischen,
 Jagdtaschen, Wäppler, Reckelger, Feldtasche,
 Knochenspanner, Fockzeuge u. s. w. - Maßige Preise!
 Solide Arbeit!

**AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN**

Regelmäßiger Personen- und Frachtdienst mit eigenen Dampfern. Auskannt verlässliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen.

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch
**NORDDEUTSCHER
LLOYD
BREMEN**
 und seine Vertretungen
 in Regio: See & Land, Berlin, in Platzregioverwalter: S. F. Schmidt, Knautstraße 34
 in Stuttgart: Hauptbahnhof, Generalvertretung des Nord. Lloyd, Hauptstraße 3

hochdoes. Zur Schultheißenwahl!

Wählerinnen und Wähler
 Auf's Rathaus muß ein jeder,
 Damit er tu' den Willen kund,
 Den er hegt im Herzensgrund,
 Wen er möcht' auf dem Rathaus haben
 Einen Mann oder Knaben,
 Einen Arbeiter oder Bauern.
 Doch es wird nicht lange dauern
 Bis Ihr es habt eingesehen,
 Daß Ihr immer fehl tut gehen,
 Wenn Ihr nicht den Rechten wählt,
 Ja, dann ist's und bleibt's gefehlt!
 Unparteiisch muß er sein,
 Gewissenhaft und sittenrein
 Doch vor allem muß er haben
 Gute Gaben in dem Kopfe
 Sonst ist er nur ein armer Tropfe
 Und über lang oder kurz
 Kommt unerbittlich rasch der Sturz.
 Drum bitt' ich Euch, bleibt nicht zu Haus
 Und wählt **Andreas Gauß**.

WITENSTEIG.
 Einen Wirt schöne, junge
Schwänzer
 Salz und Pfeffer, hat
 zu verkaufen
Wöhner, Weiskändler.

Witkensteig.
 fertigt schnell und sauber die
B. Rieker'sche Buchdr.

Radfahrerverein Nagold



Der Verein begeht am
SONNTAG, DEN 10. JUNI 1923
 sein

25 jähriges Jubiläum

verbunden mit dem
Hauptfest des Nagoldgaues.

Der Verein ladet Vereine u. Sportsfreunde von nah u. fern hiezu freundl. ein.

FEST-PROGRAMM.

Samstag, 9. Juni, 7 Uhr abends: Festbankett und Empfang der auswärtigen Gäste im Gasthaus zur „Schwäne“.

Sonntag, 5 Uhr früh: Beginn der Rennen auf der Straße Nagold-Wildberg, anschließend Langsamfahren.

12 Uhr: Festzug durch die Straßen der Stadt auf den Festplatz; dortselbst

Kunsthahren - Reigenfahren - Radballspiel

6 Uhr: Preisverteilung.
 8 Uhr: Festball im Gasthaus zum „Löwen“

Für Karussell und Volksbelustigung ist gesorgt.

Der Festausschuss.

Der Verkauf von Waren auf dem Festplatz ist nur den vom Verein Beauftragten gestattet.

Radf. Verein Altensteig

**Außerordent-
liche Ver-
sammlung**
 heute Samstag
 Abend 7/8 Uhr
 im Lokal. Be-
 sprechung wegen
 Anschaffung v. Sportanzügen
 und sonstigen dringenden An-
 gelegenheiten Erscheinen dring-
 end notwendig.
 Der Ausschuß.

Snjbr. Klub Altensteig.

Sonntag, 3. Juni
Wettkampf
 Altensteig I. gegen
 T. S.
 Bussenhausen II.
 Spi. 10:00
 2 1/2 Uhr.

Auslandsdeutscher Sach-
 gegen bar einige Anwesen
 und zwar

**Wohn- oder
Geschäftshaus,
Mühle, Sägewerk,
Villa, Fabrik oder
Hofgut u. erbitet An-
gebot unter W. T. 182
an die Geschäftsst. d. S.**

Kirchliche Nachrichten.

1. Sonntag nach dem Drei-
 einigkeitstest, 3. Juni,
 vorm. 10 Uhr Predigt
 über Mat. 4, 26-31 vom
 Reich Gottes. Vleder: 89,
 90. Nachher Rindergottes-
 dienst in Gruppen.
 Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre
 mit den Söhnen.
 Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr
 Bibelkunde im Sutterhaus.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 3. Juni, vorm.
 10 Uhr Predigt, vorm.
 11 Uhr Sonntagsschule,
 abends 8 Uhr Predigt.
 Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr
 Gebetsversammlung.

Adolf Lotterer
 Anna Maria Lotterer

geb. Großmann

grüßen als Vermählte

Stuttgart Aichhalden

Juni 1923.

**HERREN -
Filz (Woll)-
Haar-
Velour- u. Stroh-
Hüte**

in großer Auswahl
 und zu
 besonders günst. Preisen

bei
Kaufhaus

Willibald Kittel Nagold.

Die fluge Hausfrau

bietet sich noch rechtzeitig zu äußerst
 günstigen Preisen ein in der

Löwendrogerie Nagold u. Ebhausen

